

An den
Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

nachrichtlich:

Herrn Bürgermeister Hans-Theo Mennicken

Herrn Fillers, Herrn Bechstein,
Herrn Bartsch, Herrn Becker

Kirchplatz 10
47495 Rheinberg

Stadthaus, Raum 105

Telefon: (0 28 43) 107-134

Rheinberg, 06.03.2010

Antrag

Sehr geehrter Herr Lang,

die Fraktion DIE LINKE bittet den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung damit,

alle Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Kindergärten bzw. Kindertagesstätten zu befragen, welche Beschulung sie für ihre Kinder bei Schuleintritt wünschen:

integrative Beschulung und, wenn ja, in welcher Schule

oder

Beschulung in einer Förderschule.

alle Eltern von unter 3jährigen zu befragen, welche Elementarbildung sie für ihr Kind wünschen:

in einer integrativen Einrichtung

oder

in einem sonderpädagogischen Kindergarten/KiTa

Begründung:

Nach der UN-Charta „Rechte der Menschen mit Behinderungen“, die auch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet hat, ist es eine Pflichtaufgabe des Staates, also auch der Kommunen, den Menschen mit Behinderungen dazu zu verhelfen, nicht ausgegrenzt oder abgesondert zu werden, eben das Recht auf Inklusion, also auf Beschulung in Regelschulen.

Um die Planung für das Schuljahr 2011/12 vorantreiben zu können, benötigt der Schulausschuss bzw. die Verwaltung diese Absichten der Eltern.

Da die Beschulung im Regelunterricht eine Pflichtaufgabe des Staates ist, fällt diese Maßnahme nicht unter den Finanzierungsvorbehalt.

Mit freundlichen Grüßen

von Parzotka-Lipinski